

# Abgeordnetenhaus B E R L I N

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### Ausschuss für Sport

17. Sitzung

18. Januar 2013

Beginn: 11.04 Uhr

Schluss: 13.12 Uhr

Vorsitz: Karin Halsch (SPD)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

#### **Wahl der stellvertretenden Schriftführerin / des stellvertretenden Schriftführers**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0044  
**Transparenter und offener Zugang zu Sportanlagen des Landes Berlin und der Bezirke: Rechtliche Hürden, Zuständigkeiten, Schwierigkeiten in der Vergabepraxis und Möglichkeiten zur Reform der SPAN** Sport  
(auf Antrag der Piratenfraktion)

Hierzu: Anhörung

Dazu wurden eingeladen – ich darf mich sehr herzlich bedanken, dass Sie Zeit für uns gefunden haben –: Herr Uwe Hammer als Vizepräsident des Landessportbundes Berlin – herzlich willkommen, vielen Dank! –, Herr Christian Torenz, Vorsitzender Roter Stern e. V., und Herr Horst Berndt vom Lichtenberger FFC 09 e. V., der aber nicht da ist. Das ist bedauerlich. – Herr Hammer kennt das Prozedere. Herr Torenz! Wir würden Sie jetzt erst mal um Ihre Stellungnahme bitten. Im Anschluss stellen die Abgeordneten ihre Fragen – wir sammeln sie und wenn Sie sich die Fragen ein bisschen notieren wollen – und kommen nach einer gewissen Zeit zu einer Antwortrunde. Sie haben ungefähr fünf Minuten Zeit, um Ihr Statement abzugeben. Aber zunächst hat die Fraktion der Piraten das Wort zur Begründung. Ich gehe davon aus, dass wir ein Wortprotokoll wünschen. – Herr Baum, bitte!

**Andreas Baum (PIRATEN):** Vielen Dank! Zur Begründung: In unserem Programm setzen wir uns für den gleichberechtigten Zugang zu Sportanlagen und Kultur- und Bildungseinrichtungen etc. ein, und zwar ohne Hintergrund, ob man beispielsweise im Verein organisiert ist oder nicht. Wir haben in Berlin glücklicherweise die Situation, dass die Sportanlagen den Vereinen kostenlos überlassen werden, und das aufgrund einiger Regelungen wie SPAN, die genau regeln, wie das dann aussieht. Wir haben festgestellt und auch in Gesprächen erfahren, dass es immer wieder Schwierigkeiten gibt. Man sieht, dass Sportanlagen nicht genutzt werden. Sie stehen zwar zur Verfügung, aber die Tore sind verschlossen. Mit dieser Anhörung wollten wir gucken, ob es Möglichkeiten gibt, da Verbesserungen zu erfahren, damit die Auslastung der Sportanlagen erhöht werden kann, und dass auch die Zugänglichkeit für alle, die Interesse haben, dort Sport zu treiben, besser wird. – So weit zur Begründung. Die Fragen würde ich danach anschließen.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank, Herr Baum! – Dann haben Sie das Wort. – Herr Torenz, bitte sehr!

**Christian Torenz** (Roter Stern e. V.): Vielen Dank, sehr verehrte Damen und Herren, dass ich heute hier sein darf! Ich bin Vorsitzender des Vereins Roter Stern Berlin 2012 e. V., war vorher in meiner Funktion Vorsitzender vom Roten Stern Nordost Berlin, ansässig in Berlin-Pankow, und möchte Ihnen eine persönliche Einschätzung zu der heutigen Anhörung mit auf den Weg geben.

Aufgewachsen bin ich im Land Brandenburg und spiele dort seit meinem siebten Lebensjahr Fußball, zeitweise auch recht erfolgreich, wenn man das so sagen darf, und bin mit jungen

16 Jahren nach Berlin gekommen, um hier meine Ausbildung zu beginnen und meinen beruflichen Werdegang anzutreten.

Nun weiß ich, dass es in der Prärie, speziell im Land Brandenburg, in einigen Gegenden so genannte No-go-Areas gibt, Areas, wo Rechtsextremisten und Neonazis, mehr oder minder Gewalthoheit, die Hegemonialität haben und die dort vorherrscht. Ich dachte als Jungsporn, dass das in so einer pulsierenden und fortschrittlichen Stadt wie Berlin auf gar keinen Fall so sein kann, dass es hier nichtdiskriminierende Standards gibt und dass man hier ein Stück weit freiheitlicher, akzeptierter und toleranter leben kann.

Ich habe in meinen ersten anderthalb Jahren beruflich sehr viel zu tun gehabt, den Sport in Berlin nicht direkt weiter ausgeführt und mich dann auf die Suche nach einem Sportverein begeben, in dem ich Sport machen kann. Traurigerweise muss ich sagen, dass ich in knapp drei Bezirken, in acht unterschiedlichen Sportvereinen, war, und leider war es nicht ansatzweise so, wie ich mir das vorgestellt habe. Es gab einen Verein, in dem Homosexuelle beschimpft wurden. Die Spieler wurden gegenseitig als „dumme Schwuchteln“ bezeichnet. Es gab einen Verein, in dem offen gegen Menschen anderer Religion gehetzt wurde, und es gab Vereine, wo es überhaupt kein Problem war, dass man „du dummer Nigger“ oder ähnliche Ausdrücke zu seinen Mitspielenden gesagt hat. Schockiert darüber wandte ich mich in den ersten vier Vereinen noch jeweils an die verantwortlichen Trainer und Vereinsvorsitzenden, um das zu problematisieren, weil ich das mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann und mich auch ein Stück weit diskriminiert fühlte. Ich sprach es an, und die Funktionäre haben das getan, was leider mittlerweile viele Sportler tun: mir erklärt, dass Sport und Politik nichts miteinander zu tun hätten, dass man das alles nicht so genau nehmen solle und dass ich auch gar nicht schwarz sei und es mich deswegen überhaupt nicht träfe.

Nach dem achten Verein, muss ich ganz offen sagen, war mir das bedeutend zu viel. Ich habe an dem Punkt mit meinem Leistungssport abgeschlossen und hatte keine Lust mehr, weiter in Berlin meinen Fußballsport zu betreiben. Daraufhin habe ich mir andere Freunde und Bekannte gesucht, wir haben den Roten Stern Nordost Berlin 2005 ins Leben gerufen und mit dem Aufbau einer Fußballabteilung begonnen.

So ein Aufbau eines neuen Vereines gestaltete sich sehr schwierig, da die bisher vorhandenen Vereine in ihrer Ausgiebigkeit die Plätze sozusagen schon hatten. Dass es in großen Städten wie Berlin schwierig ist, genügend Hallen- und Platzzeiten für jeden einzelnen Bürger zu bekommen, ist mir auch klar. Was ich dann erlebt habe, fand ich aber nicht ganz so witzig, nämlich dass wir zweieinhalb Jahre auf einem Sportplatz trainiert haben, der uns aber nicht offiziell gegeben werden konnte, der aber dennoch frei war, und wir haben einfach auf ihm gespielt und uns letztlich dazu entschieden, beim Berliner Fußballverband anzufragen und offiziell eine Mannschaft zu stellen. Da war natürlich wieder die Schwierigkeit, dass man einen offiziellen Platz benötigte, der einem vom Sportamt geben wurde. Da kommt zum Teil schon die Perversität zum Tragen: Um in den Berliner Fußballverband aufgenommen zu werden, muss man versichert sein. Versichert ist man aber nur, wenn man im Landessportbund ist, und im Landessportbund – da werden Sie mir sicher zustimmen, Herr Hammer – ist man nur Mitglied, wenn man auch einem Fachverband angehört. Die Problematik ist: Man kann nicht in einem Fachverband sein, ohne einen Platz zu haben, und man bekommt keinen Platz, ohne in einem Fachverband zu sein, mit dem man im LSB und letztlich auch versichert ist. Das heißt,

die Intention der Piraten kann ich in dem Punkt sehr gut verstehen, dass man da in gewisser Art und Weise etwas ändern muss.

Für mich war es auch insofern problematisch, da wir durch umfangreiche Bemühungen bei Politikerinnen und Politikern, beim Berliner Fußballverband und beim Sportamt Pankow letztlich eine Spielzeit bekommen haben, aber erst mal noch keine Trainingszeit. Im ersten Jahr haben wir zwar am regulären Wettkampfbetrieb teilgenommen, konnten aber kein Trainingsbetrieb durchführen, was nicht sonderlich schön war, wie Sie sich sicherlich vorstellen können.

Um auf den konkreten Punkt zu kommen, die Sportanlagennutzungsverordnung: Was mich an dem Politischen, was ich eingangs erwähnt hatte, extrem stört, ist, dass die meisten Sportvereine überhaupt keine Ambitionen haben oder Anstrengungen unternehmen, ihren Jugend- und Kinderbetrieb auch danach auszurichten, dass dort nicht diskriminiert wird, dass dort Toleranz und Akzeptanz gepredigt wird und viel andere, letztlich auch gesellschaftlich notwendige Werte vermittelt werden. Es wird zwar darauf geachtet, dass die Leute unbedingt pünktlich beim Training sind, aber was in der Zeit passiert: Wichtig ist in erster Linie, dass sie sportlich aktiv sind. – Welcher Inhalt in irgendeiner Art und Weise dahintersteht, war nicht sonderlich wichtig.

Ich würde gern dafür plädieren und Sie dafür sensibilisieren, dass Sie in der Zukunft, wenn Sie die Sportanlagennutzungsverordnung noch mal ändern mögen, nicht nur darauf gucken, welche Sportvereine sonderlich erfolgreich sind und super dastehen, weil sie in der Bundesliga, in der 2. Liga oder sonst wo spielen, sondern auch beachten, wie die Jugendarbeit konkret aussieht.

Ich möchte Sie auch dazu beglückwünschen, dass mit der Änderung 2010 endlich auch in der Hausordnung verankert wurde, dass rechtsextremen und diskriminierenden Personen und Sportvereinen die Hallen- oder Platzzeiten entzogen werden und solche Personen von den Sportflächen verwiesen werden können. Jetzt frage ich Sie aber: Wie häufig ist denn das vorgekommen? – Ich muss offen sagen, dass ich durch meine Erfahrungen in Berliner Sportvereinen nicht bei sonderlich vielen Spielen gewesen bin, habe mir aber Ende 2010 ein Pokalspiel im Berliner Pokal zwischen zwei mir sehr wohlgesonnenen Teams angeguckt. Da war es für eine Gruppe von ca. 25 Personen kein Problem, am Rande des Spiels Lieder der rechtsterroristischen und mittlerweile glücklicherweise verbotenen und indizierten Band „Landser“ zu singen. Das hat weder den Schiedsrichter noch den Platzwart auf dem betreffenden Gelände gekümmert, noch hat irgendjemanden dort die Sportanlagennutzungsverordnung gekümmert. Das war für mich ein extrem trauriger Punkt, noch mal zu sehen, dass zwar politische Initiativen manchmal gut und nett sind, wenn die betreffenden Personen aber nicht ausgebildet werden, die Sensibilisierung nicht haben und das problematische Verhalten und die problematischen Aussagen nicht erkennen, verhallt das leider ein bisschen und ist in der Luft.

Als Letztes möchte ich noch etwas anfügen, was aber ein Stück weit reine Effektivierung der Verwaltung ist. In der Sportanlagennutzungsverordnung steht, dass die Sportflächen zentral verwaltet werden sollten. Ich würde Ihnen dazu raten, das vielleicht auch zu machen. Zum Teil bekommt man mit, dass ein Sportplatz- oder ein Hallenwart bei den zu vergebenden Stellen mit Ordern rumhantiert, irgendwelche Worddokumente und Exceldateien öffnet, das für jede Sportfläche, für jede Sporthalle einzeln tut, um dann die Anträge, die von den Sportorga-

nisationen und -vereinen kommen, zu bewerten und zu gucken, ob dort eine Hallen- oder Platzzeit frei ist oder nicht, sich dann aber nicht die Mühe macht, vielleicht auf den Platz oder die Halle nebenan zu gucken, ob da noch eine freie Zeit wäre. Nein, lieber wird ein Ablehnungsschreiben geschickt. Lieber wird geschrieben: Die konkrete Zeit, die Sie beantragt haben, auf der konkreten Fläche ist leider nicht verfügbar. – Weder wird überlegt, ob man nicht vielleicht etwas hin- und herschieben könnte, ob man mit anderen Sportvereinen eine Kooperation treffen kann. Mittlerweile spielen zum Teil zwei, drei oder mehrere Vereine auf einem Platz. So etwas machen aber die zuständigen Stellen nahezu nie. Das Problem ist – ich kenne es –, dass sie wenig Zeit haben, und ich kann es zum Teil verstehen, dass man wenig nach links oder rechts guckt, weil diese Organisation von diesen unterschiedlichen Tabellen, die alle anders aussehen, wo über all etwas anders steht, sehr abstrus ist. Ich glaube, in jedem normalen wirtschaftlichen Unternehmen, wäre das durch eine vernünftige Software – vielleicht auch ein Link an die Piraten – einfach regelbar und lösbar. – Das wäre es soweit von mir. Vielen Dank!

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank für Ihren ausführlichen Bericht! – Herr Hammer!  
Sie können vielleicht schon teilweise darauf eingehen.

**Uwe Hammer (LSB):** Herzlichen Dank für die Einladung, verehrte Abgeordnete! Ich will gleich am Anfang ein paar Bemerkungen zu meinem Vorredner machen, weil viele Passagen ursächlich mit der SPAN nichts zu tun haben, sondern mit Fragen des Umganges und von Menschenrechten. Sie wissen, dass in dieser Stadt in diesen Fragen eine hohe Sensibilität herrscht, und diese Sensibilität ist nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch beim Berliner Fußballverband vorhanden. Ich weiß, in wie vielen Stunden sich die Verantwortlichen in diesem Verband diesem Problem zuwenden. Deshalb glaube ich, ist der Umgang mit dem Problem nicht, dass man etwas Aktuelles erfährt und es nicht an die Stellen weitergibt. Deshalb meine Bitte an Sie: Wenn Sie solche Vorfälle kennen, dann werden Sie im Berliner Fußball-Verband, insbesondere bei Gerd Liesegang, einen Gesprächspartner finden, der Ihnen diese Gespräche nicht verweigert. Wenn all das so stimmt, wie Sie es hier erzählt haben, finde ich es verheerend, und deshalb ist es Ihre Pflicht, es nicht nur für sich zu behalten und erst hier im Abgeordnetenhaus vor den Parlamentariern zu schildern, sondern schon früher an Verantwortungsträger des Sports heranzugehen. Deshalb meine Bitte: Machen Sie das bitte, weil wir nur so dem Problem begegnen können. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass in der SPAN Veränderungen vorgenommen worden sind, die gerade rassistische Äußerungen und all dieses Fehlverhalten in die SPAN aufgenommen haben, um Mittel in die Hand zu bekommen, solche Menschen von unseren Sportplätzen zu verbannen. – Das als Einstieg.

Lassen Sie mich auf die Sportanlagennutzungsvorschrift eingehen und Ihnen deutlich machen, dass der Senator für Inneres und Sport in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bezirke, der Bezirkssportbünde und des Landessportbundes diese neue SPAN, die am 1. März 2010 in Kraft getreten ist, erarbeitet hat und dass diese die Altfassung aus 1998 ersetzt. Ich glaube auch, dass in dieser neuen SPAN wesentliche Veränderungen vorgenommen worden sind, allerdings nicht in die Richtung, wie es sich die Piraten vorstellen, sondern es ist ein Katalog entwickelt worden, nach welcher Rangfolge Sportstätten in dieser Stadt vergeben werden sollen, um den Wünschen der Gesamtheit Rechnung zu tragen. Dort ist eine Rangfolge festgelegt worden, die an erster Stelle die Schulen sieht, dann die Landesleistungszentren und Bundesstützpunkte, die förderungswürdige Sportorganisation, insbesondere mit ihrem Jugendspielbetrieb, die Hochschulen, der Erwachsenenbereich aus dem Sport, die Volkshochschulen und dann andere weitere Nutzer. Ein Wesentliches ist auch hinzukommen: Die SPAN sieht vor, die Tageseinrichtungen des Landes Berlin und die Kindertagesstätten der freien und öffentlicher Träger mit aufzunehmen, die auch öffentliche Sportanlagen entgeltfrei nutzen können. Ebenso ist aufgenommen worden, dass jeder aus der Bevölkerung, der Sportanlagen nutzen will, unter Beachtung der vorgenannten Rangfolge zu berücksichtigen ist. – Dies zu den Zugangsmodalitäten.

Über die Nutzung öffentlicher Sportanlagen – das haben wir hier jetzt festgestellt – entscheidet in den Bezirken eine zentrale Stelle, nach Möglichkeit dort, wo der Sport angesiedelt ist. Bei der Vergabe ist insbesondere darauf zu achten, eine vollständige Auslastung anzustreben. Hier haben die Vergabestellen eine hohe Verantwortung, und die optimale Auslastung der öffentlichen Sportstätten betrifft Sportvereine, aber auch alle anderen Nutzer und die Schulen.

Der Landessportbund zählt die optimale Auslastung unserer Sportstätten zu seinen strategischen Schwerpunkten, weil die Sportstätten von der öffentlichen Hand im Rahmen der Da-

seinsvorsorge finanziert werden und deshalb mit diesem öffentlichen Gut besonders sensibel umzugehen ist. Aus diesem Grund hat der Landessportbund in der Arbeitsgruppe dafür plädiert, dass in der SPAN vorgesehene Bußgeld nicht abzuschaffen, sondern von 50 Euro auf 100 Euro zu erhöhen, damit ein Druck entsteht, die Sportanlagen optimal auszulasten und nicht einfach Sportstätten leerstehen zu lassen. Etwas schwieriger stellt sich die Frage dar, was eine optimale Auslastung ist. Aber damit will ich Sie im Ausschuss nicht weiter beschäftigen.

Probleme gab es im Bereich des Landessportbundes in den letzten Monaten, weil auch Fragen hochgekommen sind, inwieweit Schulen umfänglich die an der Schule vorhandenen Sportstätten auslasten. Hier gibt und gab es insbesondere Nachfragen vom Berliner Turn- und Freizeitsportverband. Im Rahmen einer umfänglichen Auslastung der Sportanlagen ist auch in den Schulen zu hinterfragen, ob diese optimal ausgenutzt werden.

Zu den Zeiten nach 16 Uhr ist festzuhalten, dass wir inzwischen von sehr vielen Schulen wissen, die ihre Schulzeiten und Bedarfe über 16 Uhr ausgeweitet haben. Hier ist es notwendig, dass die Vergabestellen die Stundenpläne und Anforderungen überprüfen und die Notwendigkeit der Ausweitung nach 16 Uhr einer Untersuchung unterziehen. Positiv ist zu schildern, dass es im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein zu guten Auslastungen der Sportanlagen kommt, und wenn wir Ihnen ein Beispiel an die Hand geben dürfen, möchte ich darauf hinweisen, dass der Bezirk Pankow vor vielen Jahren einen Workshop mit den Schulleitern und Sportvereinen durchgeführt hat, um die Partner, die diese Sportanlagen an der Schule nutzen, zusammenzuführen. Ich glaube, dieser Ansatz ist für die Zukunft wichtig, um ein positives Verhältnis zwischen Schulen und Vereinen herzustellen.

Probleme umfänglicher Nutzung sind natürlich die Personalkapazitäten in den Bezirken bei Hausmeistern und Platzwarten. Hier helfen die Vereine durch Abschluss von Schlüsselverträgen. Aber auch die Frage der Haftung – das hat auch mein Vorredner angesprochen – ist mit Sicherheit eines der Probleme und Schwierigkeiten.

Abschließend plädiert der Landessportbund dafür, dass die Vergabepraxis in den Bezirken deutlich transparenter gemacht werden sollte. Der Landessportbund hat daher den Bezirkssportbund Steglitz-Zehlendorf im Rahmen eines Projektes fachlich, inhaltlich und finanziell unterstützt, um eine optimale Vergabe mithilfe des Internets mit seinen Möglichkeiten herzustellen. Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend. Eine einheitliche Vergabepraxis in allen Bezirken und die transparente Darstellung in einem System halten wir allerdings bei den Zuständigkeiten in dieser Stadt und nach unseren Erfahrungen für kaum realisierbar.

Zu guter Letzt möchte ich noch einmal auf die SPAN zurückkommen. Eine Änderung zum jetzigen Zeitpunkt erscheint uns wenig sinnvoll, ja unnötig, da die bereits vorhandenen Kriterien flexible Lösungen bei der Vergabe bzw. Nutzung der Sportanlagen zulassen. Das Problem liegt nicht in der Sportanlagenutzungsvorschrift, sondern bei der Kenntnis, der Auslegung und der Umsetzung dieser Vorschrift. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Selbstverständlich stehe ich Ihnen für Fragen zur Verfügung. Ich danke Ihnen!

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank, Herr Hammer! – Ich darf den Vorsitzenden der CDU-Fraktion hier begrüßen. Wir freuen uns über so einen prominenten Besuch heute Morgen.

gen. – Jetzt hat der Senat das Wort, und dann kommen wir zur Fragerunde. – Herr Staatssekretär!

**Staatssekretär Andreas Statzkowski** (SenInnSport): Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nahtlos an die Äußerungen von Herrn Hammer anschließen. Zunächst möchte ich aber einleitend darauf hinweisen: Wenn rassistische, diskriminierende oder rechtsradikale Äußerungen im Rahmen von Sportveranstaltungen auf Sportanlagen beobachtet werden, besteht die Möglichkeit, gegebenenfalls eine Strafanzeige zu stellen. Darüber hinaus würden wir grundsätzlich erwarten – das ist übrigens in anderen Fällen auch passiert –, dass man auch entweder gegenüber dem Bezirksamt als Träger der Sportanlage oder der Senatsverwaltung für Inneres und Sport diesbezüglich eine Meldung abgibt. Wir haben in vergleichbaren Fällen dementsprechend reagiert. Das heißt, wir sind gehalten, die Dinge zunächst einmal aufzuklären, soweit das möglich ist. Wir haben gegebenenfalls Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das machen wir in guter Zusammenarbeit gerade im Bereich Fußball mit dem Berliner Fußballverband, mit dem es entsprechende Projekte gibt, die über die „Landeskommision gegen Gewalt“ gefördert werden. Wir haben übrigens auch eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem LSVD und sehen uns ebenfalls in der Lage, zusammen mit dem LSVD adäquat zu reagieren. Abschließend bleibt dann zu prüfen, ob der betreffende Verein gegebenenfalls mit weiteren Konsequenzen zu rechnen hat wie beispielsweise dem Entzug der Sportförderungswürdigkeit. Das bedeutet gleichzeitig den Entzug der entgeltfreien Nutzung von Sportanlagen im Land Berlin. Insoweit besteht die Möglichkeit in vollem Umfang, dementsprechend tätig zu werden, immer unter der Voraussetzung, dass wir davon Kenntnis erhalten und dem im Einzelnen nachgehen können.

Bezogen auf den Tagesordnungspunkt möchte ich darauf hinweisen, dass zunächst einmal für alle Sportgruppen, die Sportanlagen nutzen wollen, die gleichen rechtlichen Vorgaben im Sinne des Antragserfordernisses zu bewältigen sind. Dort sind Angaben über die Anzahl der Nutzenden, über die Nutzungsart, das Alter zu machen, und falls das zu der Frage einer vorrangigen Berücksichtigung führen soll, sind auch Angaben geschlechterspezifischer Erfordernisse, die Belange des Behindertensports im Einzelnen mit anzugeben bzw. von den Vergabestellen zu prüfen. Die Vergabeentscheidung basiert auf den Angaben in der Sportanlagennutzungsverordnung, und dort ist unter anderem unter Punkt b) festgehalten, dass Kinder- und Jugendgruppen zu für sie vertretbaren Tageszeiten den Vorrang erhalten. Punkt c): „Geschlechterspezifische Erfordernisse sind zu berücksichtigen.“ – Punkt d): „Die Belange des Behindertensports haben in besonderer Weise Beachtung zu finden.“ – Wenn ich den Punkt a) ausgelassen habe, hole ich das jetzt gern nach, weil das in der Frage, wie es hier bezogen auf Roter Stern e. V. dargestellt wurde, durchaus von Relevanz ist. Da steht:

... der notwendige Übungs-, Lehr- und Wettkampfbetrieb bisheriger Nutzer durch die zusätzliche Berücksichtigung neuer Nutzender nicht unangemessen beeinträchtigt wird.

„Nicht unangemessen beeinträchtigt wird“ heißt nicht, dass neue Nutzer keine Chance haben, Sportanlagen in der Stadt Berlin entgeltfrei zu nutzen, sondern dass das im Einzelnen immer in Abwägung der vorhandenen Nutzerinnen und Nutzer und der vorhandenen Vereine ist.

Die Frage ist, wie wir dieses Antragsformular gestalten. Wir haben ebenfalls festgestellt, dass die IT-Ausstattung der bezirklichen Sportämter, in deren Verantwortung die Vergabe über-

wiegend stattfindet -- Ausnahmen sind hauptsächlich das Sportforum Hohenschönhausen, Friedrich-Ludwig-Jahn-Stadion und Paul-Heyse-Straße sowie Olympiapark. Das sind die zentral verwalteten Sportanlagen. Ansonsten sind die Bezirke zuständig, und dort gibt es eine – drücken wir es mal so aus – sehr heterogene Landschaft im IT-Bereich. Das heißt, jeder Bezirk – das ist die Frage der Zuständigkeit, der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung – ist gehalten, für sich die Entscheidung zu treffen, welche Software er anschafft. Das ist aus unserer Sicht ebenfalls nicht immer glücklich, und wir beabsichtigen, dies im Rahmen der Stadträterunde für Sport zu thematisieren. Nichtsdestotrotz bleibt es in der Verantwortung der Bezirke, dieses zu entscheiden. Wir würden uns freuen, wenn es hier zukünftig zu einer stärkeren Vereinheitlichung sowohl der IT-Ausstattung als auch der entsprechenden Antragsformulare käme, damit es auch eine stärkere Vergleichbarkeit an dieser Stelle gibt und im Zweifelsfall der technische Austausch leichter ist, als es bislang der Fall ist.

Die Nutzung der Sportanlagen an Schulstandorten durch Schulen nach 16 Uhr ist immer wieder ein Thema. Wir haben diesbezüglich der Senatsverwaltung für Bildung geschrieben und nicht nur diese Frage thematisiert, die angesichts der Ausweitung der nachmittäglichen Betreuung an Bedeutung zugenommen hat, sondern es ging auch darum, inwieweit Leerzeiten während der Schulzeit verstärkt von Sportorganisationen genutzt werden können. Es gibt dazu einen Vorschlag des Landessportbundes und des Berliner Turn- und Freizeitsportbundes. Die Antwort der Senatsverwaltung für Bildung und Jugend, Herr Hammer, haben wir bisher dem Landessportbund noch nicht schriftlich zugeleitet. Sie bekommen aber in den nächsten Tagen diesbezüglich Post von uns, denn so lange ist es noch nicht her, dass der Brief der Senatsbildungsverwaltung bei uns eingegangen ist. Die Senatsbildungsverwaltung sichert zu, erstens, dieses bereitwillig und gern zu tun, und zweitens gibt sie auch an, dass es auch in der Vergangenheit diesbezüglich die Bereitschaft gegeben hat, dieses im Einzelnen vorzunehmen, denn eines ist völlig klar, nämlich, dass wir insgesamt gesehen in Berlin eher ein Defizit an Sportanlagen haben und dass wir selbstverständlich zu einer praktisch 100-prozentigen Auslastung der Sportanlagen kommen bzw. dort schon angelangt sind, sodass es sehr schwierig ist, diese zusätzlichen Bedarfe abzuwägen. Das macht auch den Kern des Problems aus, das Sie aus Sicht des Vereins Roter Stern e. V. im Einzelnen beschrieben haben: der Mangel an öffentlichen Sportanlagen, an ungedeckten und gedeckten Sportanlagen im Land Berlin. – Sie können sich sicher sein, dass die Senatsverwaltung für Inneres und Sport es als eine wesentliche Aufgabe ansieht, sich genau in dieser Hinsicht nicht nur für den Erhalt, sondern möglichst sogar für den Ausbau dieser Sportanlagen einzusetzen.

Zur Frage des freien Zugangs zu den öffentlichen Sportanlagen: Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass es selbstverständlich in einzelnen Bezirken bereits Sportanlagen gibt, die auch vereinsgebundenen Sportlerinnen und Sportlern entgeltfrei zur Verfügung stehen, beispielsweise die Anlagen, die vom Bezirk Treptow-Köpenick in Johannisthal geschaffen worden sind, Tennisanlagen in der Harbigstraße in Charlottenburg-Wilmersdorf. Jeder Bezirk hat diese Anlagen und stellt sie den Bürgerinnen und Bürgern entgeltfrei zur Verfügung. Nichtsdestotrotz gibt es in Deutschland das Privileg der förderungswürdigen Sportorganisationen, die rechtlich einen besonderen Status einnehmen und zu einer Begünstigung dieser gemeinnützigen Organisationen führen, übrigens gerade grundsätzlich in einer Entscheidung der Europäischen Kommission angesichts eines Vorfalls in Berlin nochmals bestätigt. Wir halten es für richtig, dass es diesen Status der gemeinnützigen sportförderungswürdigen Organisation im Sinne des Sportfördergesetzes und im Sinne der Sportanlagennutzungsverordnung gibt. Insoweit ist es aus unserer Sicht richtig, dass der Zugang zu den Sportanlagen ein Privileg für

diese Bereiche vorsieht, unabhängig davon, dass Fragen der Haftung, so, wie Sie, Herr Torenz, es angesprochen haben, auch für uns durchaus von einer gewissen Relevanz sind, auch um Probleme für den einzelnen Nutzer von vornherein abwenden zu können. Insoweit ist unsere Stellungnahme sehr nahe bei der Stellungnahme des Landessportbundes.

Ich würde Sie alle bitten, nicht nur die Anzuhörenden, sondern auch die Damen und Herren, die sich darüber hinaus hier im Raum befinden, zusammen mit den Bezirksamtern, mit den Vergabestellen dafür Sorge zu tragen, dass es eine möglichst hohe Form von sozialer Kontrolle gibt, was die weitere Auslastung der Sportanlagen angeht. Mit anderen Worten: Falls tatsächlich eine Sportanlage nicht genutzt wird, die selbstverständlich von anderen sportförderungswürdigen Organisationen mit genutzt werden könnte, ist unserer Auffassung nach hier Handlungsbedarf, und wir würden uns dafür einsetzen, dass diese Zeiten zukünftig einer Nutzung zugeführt werden. Das ist angesichts der vergleichsweise knappen zur Verfügung stehenden Ressourcen aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit, wohl wissend, dass die Bezirke angesichts ihrer personellen Situation Schwierigkeiten haben, eine 100-prozentige Kontrolle zuzusagen. – So weit unsere Stellungnahme.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Wir kommen jetzt zur Aussprache. Es hat sich zunächst Herr Baum für die Piratenfraktion gemeldet und dann Herr Schaddach für die Fraktion der SPD.

**Andreas Baum (PIRATEN):** Vielen Dank! – Vielen Dank für die Ausführungen! Es war durchaus einiges Neues dabei, das wir so gar nicht auf dem Schirm hatten, gerade was die Zugänglichkeit von Sportstätten angeht, aufgrund von Situationen und Erfahrungen, wie Sie sie beschrieben hatten, dass man sich aus anderen Gründen außer, dass sie belegt oder nicht aufgeschlossen sind, dort nicht einfindet. Das ist sicherlich etwas, das man weiter bearbeiten muss. Allerdings ist es schwierig, darauf in der SPAN oder Ähnlichem einzugehen. Nichtsdestotrotz ist das ein wichtiges Thema.

Ich habe noch ein paar konkrete Fragen, und zwar welche Erfahrungen Sie konkret bei der Vergabe von Sportstätten in den Bezirken gemacht haben. Gab es da vielleicht innerhalb der letzten Jahre eine Entwicklung? Gibt es eine Entwicklung zu beobachten? Welche Organisationen haben häufiger das Nachsehen: Jugendvereine, Schulen, Kitas, Sportvereine? Es wurde die entsprechende Rangfolge angesprochen; mich würde interessieren, wie das in der Praxis aussieht. Dazu hätte ich gern vielleicht auch vom Staatssekretär Hinweise.

Herr Hammer! Sie erwähnten, dass die Vergabepraxis transparenter werden soll. Wie ist da der Stand? Gibt es einen Termin, wann man mit einem Ergebnis rechnen kann? Wie sieht da die weitere Entwicklung aus?

Herr Staatssekretär Statzkowski! Wäre es nicht sinnvoll, für die Vergabeverfahren der Bezirke der Sportflächen Mindeststandards festzuschreiben, sodass vielleicht mit einer einheitlicheren Qualität als bisher gerechnet werden kann? – Danke!

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Herr Schaddach, bitte!

**Robert Schaddach (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Torenz! Sie hatten gesagt, dass Sie bei der Suche nach einem Sportverein in vielen Vereinen relativ große Probleme hat-

ten. Ich kann nur wiederholen, dass man solche Sachen gleich zur Anzeige bringen muss. Geraide im Land Berlin ist das ein sehr sensibles Thema. Herr Hammer hat ausgeführt, dass der Fußballverband da sehr aktiv ist. Ich kenne hier mindestens zwei, nämlich meinen Kollegen, Herrn Peter Trapp, und mich: Wären Sie zu unserem Fußballverein gekommen, wäre Ihnen das mit Sicherheit nicht passiert. Die große Mehrheit der anderen Vereine schätzt ich eigentlich auch so ein. So etwas gibt es leider, aber dazu gibt es auch die Initiativen und Aktionen, und es liegt an allen, damit offen umzugehen und die Thematik anzusprechen.

Meine Frage an Sie: Haben Sie nur in Pankow nach Nutzungsmöglichkeiten gefragt oder auch in anderen Bezirken? Wir haben insbesondere in den Innenstadtbereichen große Probleme bei freien Sportstätten, und es drängt sich sehr viel im Innenstadtbereich. In den Außenstadtbereichen sieht das anders aus. Es ist mitunter die Frage, ob man, wenn man mit Kindern Sport macht, sehr weite Strecken fahren kann, aber zum Beispiel mit den Herrenmannschaften, Seniorenmannschaften im Fußballbereich kann man durchaus eine etwas längere Fahrtstrecke fahren, da die meisten motorisiert sind, und der öffentliche Nahverkehr ist auch ganz gut.

Zu der Frage der Kapazitäten: Ich denke, bei der Nutzung der Sportstätten kommt es auch auf die Solidarität der Nutzer untereinander an, dass Kapazitäten nicht überbeansprucht werden, dass jeder auf den anderen schaut, ob die Halle wirklich ausgenutzt wird. Wir haben die SPAN in der letzten Legislaturperiode novelliert und Regelungen zu dem erstgenannten Thema eingebaut, was rechtsradikale Tendenzen etc. angeht. Dass so etwas zu ahnden ist, ist angesprochen worden, aber dass auch Strafmaßnahmen gegen die Nutzer, die sich anmelden und nicht nutzen, zu vollziehen sind. Das wird in den Bezirken unterschiedlich gehandhabt. In meinem Bezirk Treptow-Köpenick werden beispielsweise durch die Hallenmeister etc. Nachkontrollen durchgeführt, ob genutzt wird oder nicht, und es wird relativ schnell reagiert, sodass man eine gute Quote bei der Nutzungsintensität hinbekommen hat. Bei den Bäder-Betrieben ist es ähnlich, dass man guckt, wer sie wie nutzt, und die Gremien, die über die Vergabe entscheiden, das modifizieren und Streichungen und Zusätze vornehmen.

Herr Torenz! Eine Frage an Sie. Wenn man einen neuen Verein gründet, ist es sehr schwer, eine Hallen- oder Platzzeit zu bekommen, weil es viele gibt, die schon nutzen und gern noch mehr nutzen wollen. Da ist es ein Versuch, ein generelles Miteinander zu finden. Was ich für ein wichtiges Thema halte: Ich hatte in der letzten Legislaturperiode gehört, dass es aus der Verwaltung heraus Ansätze gibt, über eine zentrale Datenbank nachzudenken, wo man das stadtweit sieht. Das könnte dazu beitragen, dass man Möglichkeiten erkennt: Wo kann ich in welchem Umkreis in Berlin in welcher Halle Sport machen, und wer bietet das an? – Dass man in dem Bereich insgesamt vielleicht noch ein bisschen voranschreitet, und da an Herrn Staatssekretär die Frage, ob es da Überlegungen gibt, was vielleicht schon passiert ist, und ob das eine sinnvolle Sache ist. Aber Sie hatten selbst gesagt, das sei eine sinnvolle Sache. Was kann man vielleicht noch in dem Bereich machen? – Recht vielen Dank!

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Frau Dr. Hiller für die Linksfraktion!

**Dr. Gabriele Hiller (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte vorweg sagen, dass dieser Einwurf, dass man Rassismus und Fremdenfeindlichkeit doch bitte sofort melden solle, für den Alltag eher nicht tauglich ist, denn es ist eine latente Alltagserscheinung, dass solche Worte fallen, dass solche Äußerungen gemacht werden, auch in Vereinen. Jemand, der das erfährt, könnte dann also nur bei der Polizei sitzen oder Briefe an Herrn Statzkowski

schreiben, um das zu melden. Ich denke, dass es auch in den Vereinen eine Sensibilität geben muss, dass man damit umgeht, dass man sofort reagiert. Ein Melden irgendwohin ist sicherlich dann das Letzte, auch wenn man es nachweisen kann. Erinnern Sie sich an gestern Abend! Es ist dann auch eine Auffassungsfrage, wo Rassismus beginnt und wie sensibel man gegenüber solcher Äußerungen ist.

Ich habe ein paar konkrete Fragen. Das Problem ist: Neueinsteiger, neue Vereine, junge Vereine, noch nicht organisierte Vereine, haben es schwerer. Das ist eine Alltagserfahrung. Sieht der Landessportbund, Herr Hammer, sehen Sie, eine Chance, dies zu unterstützen, dass die einen schnelleren Einstieg in die Vergabe bzw. Nutzung von Sportstätten haben? Das wäre gut, um jungen Leuten, Sportarten, die noch nicht ganz so etabliert sind, die Chance zu geben, öffentliche Sportanlagen zu nutzen, dass man die bei der Hand nimmt, dass man ihnen jemanden an die Seite stellt, der hilft, dass sie nicht diese bürokratische Wand vor sich sehen, sie kommen nicht hinein in die Hallen und auf die Plätze.

Eine Frage an Herrn Statzkowski: Gab es Platz- bzw. Sportstättenverweise aufgrund von rassistischen, fremdenfeindlichen Äußerungen? Wie viele? Wie sind Sie damit umgegangen? Welche Gegenmaßnahmen wurden ergriffen? Wie wirkt sich das auf die Vereine aus? Ein paar Dinge haben Sie dazu gesagt. Das Letzte, was Sie sagten, was ich auch unterstütze, ist der Entzug der Nutzung, aber es gibt sicherlich auch vorher Maßnahmen, und sicherlich kann ein Verein nicht für Einzelaussagen und Einzelerscheinungen im Verein generell bestraft werden. Wie gehen Sie damit um? Was sind Ihre Erfahrungen?

Der Vergabemechanismus in den Bezirken ist sehr unterschiedlich. Herr Hammer hat das dargestellt. Der ist zum Teil intransparent und schwer nachvollziehbar. Eigentlich sind Zugang und Sportstättenvergabe eine Sache, die man mithilfe der modernen Technik und dem Internetzugang verbessern könnte. Kann der Senat da Hilfe leisten, zum Beispiel eine Software erstellen, sodass man Einblick in die Vergabe von Sportstätten, von Hallen hat, und z. B. konkret kontrollieren kann, ob eine Nutzung stattfindet oder ob da ein Freiraum ist? Das ist keine Kritik an den Mitarbeitern der Sportämter. Die sind überlastet und können kaum im Einzelfall reagieren.

Dann meine Frage an Herrn Statzkowski: Wir haben im Zuge des Personalabbaus in den Bezirken Treptow, Lichtenberg, zum Beispiel in Marzahn die Erscheinung, dass 25 Sportwarte im Bezirk abgebaut werden. Die werden versetzt. Das heißt, es bleiben drei Sportwarte übrig. Die öffentliche Hand zieht sich völlig aus diesem Bereich zurück, was auch heißt, dass keine Kontrolle, keine Regulierung mehr erfolgt, dass das den Vereinen überlassen wird. Den Vereinen wird ein bisschen Geld gegeben, viel zu wenig, als dass sie das wirklich ersetzen könnten. Dazu sind noch die ÖBS-Maßnahmen, die bei uns im Bezirk sehr gut liefen, an dieser Stelle beendet worden, sodass dort ein Raum entstanden ist, wo Sportstätten willkürlich, manchmal gut, manchmal schlecht, durch Vereine verwaltet werden. Das heißt aber auch, dass Sportflächen einfach abgeschlossen werden. Ein Sportplatz, der der öffentlichen Hand gehört, der aber per großen Schlüsselvertrag an einen Träger übergeben wurde, wird, wenn da niemand von der Verwaltung des Vereins ist, zugeschlossen, und die ehemals öffentliche Zugänglichmachung wird beendet. Also findet schleichend eine Einschränkung von Sportanlagen statt. Wie nehmen Sie bei der Personalbestellung darauf Einfluss, Herr Statzkowski? Ich finde, das ist ein beklagenswerter Zustand, und der Senat hat daran Anteil, dass die Bezirke das machen müssen. Haben Sie sich da eingemischt? Ich würde mich freuen, wenn es so wäre.

Eine weitere Frage, Herr Hammer, Herr Statzkowski: Sehen Sie die Chance, die SPAN in dem Sinne zu öffnen, dass es eine privilegierte Nutzung im Falle einer Überlastung gibt? Also Behindertensportler, Frauensportler, Jugendsportvereine, Vereine, die Migrantenarbeit machen, sollten bevorzugt Zugang zu öffentlichen Sportanlagen haben. Kann man so etwas fest-schreiben? Kann man es durchsetzen? Das war eine weitere Frage.

Sie haben recht, Herr Statzkowski! Ich teile Ihre Meinung. Es gibt eher ein Defizit, gerade im Stadtinnenraum. Gerade an diesen Stellen findet eine Verdrängung von Schwächeren statt, und das sind die Gruppen, die ich pauschal genannt habe. Möglicherweise gehören noch andere dazu. Wie können wir als Sportausschuss dem entgegenwirken? Wenn ich mir anschau, wie gegenwärtig Flächennutzungspläne in Bezirken verändert werden, dass man sagt: Diese Sportfläche wird nicht mehr gebraucht. – Weil der Bezirk die Bewirtschaftung nicht mehr vornehmen kann, wird die Sportfläche nicht mehr in den Flächennutzungsplan aufgenommen. Das ist ein Beispiel, das ich aktuell vor mir habe. Das finde ich sehr bedauerlich. Das Land Berlin braucht nach wie vor Sportflächen, sollte sich ausdehnen. Wenn wir davon ausgehen, dass nur ein Fünftel der Berlinerinnen und Berliner wirklich organisiert Sport treibt, sehen wir, dass weitere vier Fünftel Zugang zu Sportstätten haben müssen, in welcher Form auch immer. Diese Angebote sind zu verstärken. Wie setzen Sie sich im Senat damit auseinander? – Ich danke erst mal!

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Herr Beck!

**Martin Beck (GRÜNE):** Ich habe eine Bemerkung zu Herrn Statzkowski. Sie hatten vorhin gesagt, dass die Auslastung der Sportflächen sogar bei nahezu 100 Prozent liegen sollte. Dann wäre es für mich als Bürger und Politiker toll, wenn ich ständig an einer Sportstätte vorbeigehe, die am Nachmittag nicht besonders genutzt ist, jetzt schnell im Internet gucken zu können, welche Trainingsgruppe vorgesehen ist. Es wurde schon Herrn Schaddach und Dr. Hiller angesprochen. Es wäre ein toller Service auch für die Leute, die eine Sportstätte zu suchen, zu gucken: Aha, da ist jetzt der und der Verein, und mir fällt das dritte Mal am Donnerstagnachmittag auf, dass da kaum jemand ist. Jetzt kann ich mal nachhaken. Wen kann ich anrufen? –,

also gleichzeitig den Kontakt in dieser Plattform zu haben, anzurufen – wer ist dafür zuständig? –, dass man die Sachen auch realisieren kann. Man hört es immer wieder. Wir können die Einzelfälle kaum nachvollziehen. So hätte man aber eine vernünftige Basis, um das auf vernünftige Füße zu stellen und nicht irgendwo anzurufen, nachzufragen – naja, diese Woche ist es ausgefallen –, sondern dass man eine klare Möglichkeit hat, das transparent zu gestalten. Es ist offensichtlich schon vorgesehen, so etwas zu machen. Können Sie etwas dazu sagen, wo die Schwierigkeiten liegen, den Bürgerinnen und Bürgern so eine übersichtliche Plattform zu Verfügung zu stellen?

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank, Herr Beck! – Herr Trapp für die CDU-Fraktion!

**Peter Trapp** (CDU): Schönen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich hätte noch eine Frage an Herrn Hammer. Die Vergabe ist bezirklich organisiert und dementsprechend meines Erachtens auch die Kontrollen. Sind Sie denn als Landessportbund mit der Art und Weise zufrieden, wie zurzeit Kontrollen durch die Bezirke oder durch die Vergabestellen durchgeführt werden? Ist Ihnen bekannt, dass auch die Bezirke entsprechend der SPAN entsprechende Ordnungsstrafen – in Anführungszeichen – verhängt haben?

Die Situation, die von Herrn Torenz angesprochen wurde, kann ich als Mitglied des Sportgerichts des Berliner Fußballverbandes, als ehrenamtlicher Richter, nur zurückweisen und auffordern, immer wieder den Berliner Fußballverband darüber zu informieren, der es durch den Vizepräsidenten Liesegang sehr hoch angesiedelt hat, wie mit Gewalt und Diskriminierung umgegangen wird. Ich weiß als ehrenamtlicher Sportrichter, dass in solchen Fällen drastische Strafen verhängt werden. Ich bitte Sie, dies nicht nur im internen Kreis zu diskutieren, sondern bitte auf dem Weg, nicht immer gleich an Herrn Staszowski. Der Berliner Fußballverband ist dankbar dafür, und die Sportgerichte greifen durch. Dies nur als Hinweis für Sie.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen. Wer möchte beginnen? – Herr Torenz, bitte! Sie haben das Wort.

**Christian Torenz** (Roter Stern e. V.): Vielen Dank für die Fragen! Da sind natürlich einige Probleme. Den Vorfall im Oktober 2010, den ich eingangs geschildert habe, habe ich mit Herrn Liesegang besprochen. Herr Liesegang ist auch Unterstützer der Kampagne „Love Sports – Hate Neonazism“ und vieler anderer sinnvoller Kampagnen, die glücklicherweise gegen Diskriminierung im Sport vorgehen und unter anderem für eine Änderung der Sportanlagenutzungsverordnung eintreten. Was er dann mit der Information gemacht hat, weiß ich nicht. Ich habe mich darüber hinaus auch an mindestens drei Bundestagsabgeordnete gewandt, denen die Information mitgeteilt, und habe versucht mit dem entsprechenden Verein einen Gesprächstermin auszumachen, da es manchmal sinnvoller ist, das erst mal in einem persönlichen Gespräch zu klären, bevor man direkt an die Verantwortungsträger herangeht. Deswegen sind wir erst drei Monate nach dem Vorfall an verantwortliche Stellen herangetreten, haben dies aber durchaus gemacht.

Alle Äußerungen von Ihnen gingen jetzt in die Richtung: Wenn etwas passiert, dann muss gehandelt werden. – Offen gesagt finde ich das ein Problem. In der Zivilgesellschaft, in allen anderen nicht diskriminierenden Vereinigungen usw. draußen in der Welt ist mittlerweile durchgesickert, dass nicht nur die Reaktion wichtig ist, sondern dass Prävention das Wichtigste ist, worauf man letztlich setzen muss. Ich würde Sie gern dafür gewinnen, dass Sie das

auch in der SPAN mit durchsetzen und nicht nur bestrafen, wer rechtsextrem auffällt, denn dafür muss es immer jemanden geben, dem das auffällt und der für dieses Thema sensibilisiert ist, sondern dass Sie, wie Frau Hiller meines Erachtens richtig gesagt hat, gucken, welche Vereine im Bereich Anti- und Nichtdiskriminierung besonders engagiert sind, um letztlich die Vereine bevorzugt mit Mitteln, Hallen, Stätten usw. auszustatten, damit die Kinder direkt im Vorfeld gebrieft und geschult werden und es nicht erst dazu kommt, dass sie irgendwann rechtsextreme oder alltägliche rassistische, homophobe, antisemitische, sexistische oder wie auch immer geartete problematische Einstellungsweisen haben und man dann daran arbeiten muss, diese Einstellungsmuster wieder aus den Köpfen herauszubekommen. Da versucht man ein Stück weit, das Pferd von der falschen Seite aufzuzäumen.

Den Witz kann ich mir nicht verkneifen, denn das Melden hat noch ein anderes Problem, nämlich, wie auch richtig erkannt wurde, ob das jemand als problematisch sieht oder nicht. Man kann selbst im Bundestag sehen, dass da die eine oder andere Diskriminierung stattfindet und dass homosexuelle Paare nicht mal steuerrechtlich gleichgestellt werden. Von daher: An wen soll ich mich wenden, wenn das schon so sehr gesellschaftlich durchdrungen ist, dass anscheinend Menschen nicht gleiche Rechte haben?

Ich wurde nach meiner Erfahrung gefragt. Die Praxis der Vergabe sah in den ersten Jahren so aus, lieber Herr Baum, dass wir überhaupt keine Zeiten bekommen haben, dass es von allen Seiten regelrecht abgelehnt wurde. Im Bezirk Mitte haben wir zweieinhalb Jahre am Gesundbrunnen auf einem Platz trainiert, ca. 3 Stunden in der Woche, der einfach nicht belegt war. Dann haben wir uns beim Sportamt Pankow angesiedelt. Sie müssen vielleicht noch wissen, dass die Vereine, die beim jeweiligen Sportamt angesiedelt sind, erstmal vorrangig betrachtet und beachtet werden und dann erst die Vereine aus anderen Bezirken kommen, die Bedarf anmelden. Ich hatte in der BVV Pankow über ein Fraktion eine Kleine Anfrage gestellt. Wenn man sich anguckt, dass es aktuell in Pankow ein Defizit von knapp 300 Stunden wöchentlich gibt, dann ist das schon relativ viel. Man muss aber auch beachten, dass 101 Sporthallen zur Verfügung stehen sollten. Davon können aktuell nur 87 genutzt werden. Die Hallenzeiten sind zu 96 Prozent und die Sportplätze zu 95 Prozent vergeben.

Wir haben dann festgestellt, dass es leider auch in der Politik manchmal nur mit Paternalismus klappt, und haben dann nicht einfach nur den formalrechtlichen Weg eingeschlagen, Anträge geschrieben und danach gefragt, wann welche Zeit möglich wäre, sondern haben wir uns mit den Sportämtern direkt zusammengesetzt, einen persönlichen Termin vereinbart und haben dann dieses ein bisschen längere Prozedere, das ich vorhin darzustellen versucht habe, durchgeführt, und zwar sind wir mit den betreffenden Sportplatz- und Hallen-Vergebenden unterschiedliche Listen in unterschiedlichen Hallen durchgegangen und haben gemeinsam überlegt, wo wir welche Zeit wie schieben können, um eventuell noch eine für uns gute Zeit herauszuhandeln und zu bekommen. Das hat letztlich Früchte getragen.

Aktuell sieht es so aus: Wir haben 34 Sportgruppen. Davon sind drei auf Platz- bzw. Hallenzeiten organisiert, die eigentlich nicht uns gehören, die eigentlich ganz anderen Vereinen gehören, die nur nie da sind. Da besteht natürlich das Problem: Solange wir keine schriftliche Zusage vom Amt haben, dass – wenn wir diese Zeit melden und Bescheid sagen, dass dort eigentlich ein anderer Verein sein sollte, nur nie ist, und wir dort drauf sind – uns weitere Zeiten fehlen würden, denn der Platz würde dann danach vergeben werden, wann der Antrag gestellt wurde. Das ist ein ganz einfaches Problem, dann würden uns weitere drei Zeiten feh-

len. Aktuell suchen wir uns die Zeiten, egal, ob wir die vorher genehmigt bekommen haben oder nicht, denn leider gibt es noch sehr viele Freizeiten. Das ist in Hallen schwieriger, draußen auf dem Platz bedeutend einfacher.

Ansonsten möchte ich darauf verweisen, wie das kontrolliert wird. Frau Zürn-Kasztantowicz aus dem Bezirk Pankow hat auf die schriftlichen Fragen: Wie wird gewährleistet, dass die genehmigten Nutzungen auch stattfinden? Was passiert, wenn von Hallen- oder Platzwarten die Teilnehmerzahlen nicht korrekt übermittelt werden? – ernsthaft geantwortet:

Es gibt einen Auslastungsnachweis, ein sogenanntes Handbuch in jeder Sportstätte. Jeder Nutzer trägt Anwesenheit und Teilnehmerzahl eigenständig in eine Liste ein. Ist Personal vor Ort, wird in der Regel von diesem der Auslastungsnachweis geführt. Durch die persönliche Anwesenheit ist eine inkorrekte Übernahme nicht möglich.

Ganz offen: Wenn eigentlich immer zehn bis fünfzehn Personen anwesend sein sollen, und wenn man weiß, dass man die Platzzeit verliert, wenn man das dreimal hintereinander nicht bewerkstelligen kann und ein anderer Verein den Platz bekommt – – Ich weiß nicht, ob alle Menschen so ehrlich sind und immer zu 100 Prozent die richtige Teilnehmerzahl hineinschreiben oder ob nicht vielleicht doch dreimal hintereinander fünf Teilnehmer zu zehn oder zwölf Teilnehmern aufgewertet werden. Durch die persönliche Anwesenheit sei eine inkorrekte Übermittlung nicht möglich – – Ich glaube, das versteht jeder von sich aus. Offen gesagt gibt es kaum Kontrollen. Da, wo es noch Hallen- und Platzsportwarte gibt, tragen die das ein. Wir haben aktuell zwei Hallenzeiten, die ebenfalls nicht unserem Verein gehören, wo wir aber dennoch glücklicherweise in den Hallen trainieren können, weil wir irgendwann mal mitbekommen haben, dass die Zeiten frei sind. Die betreffende Hallenwartin trägt trotzdem ein, dass dort immer zehn oder 15 Personen von den betreffenden Vereinen da sind. Ich hoffe, dass mir oder unserem Verein das nicht irgendwann mal auf den Fuß fällt und man sich unsere Zeiten ansieht, sondern dass eher überlegt wird, wie man diesem Missstand Rechnung tragen kann, und eben auch die Vereine, die Zeiten beanspruchen, die ihnen eigentlich nicht gehören, vielleicht doch bereit sind, die zu melden.

Noch mal, um es ganz deutlich zu sagen: Solange wir keine schriftliche Zusage haben, dass wir die Zeit bekommen, wenn wir melden, dass die Zeiten von den betreffenden Vereinen nicht in Anspruch genommen werden, werden wir diese Zeit auf keinen Fall melden. Wir sind ja nicht bescheuert und schneiden uns ins eigene Fleisch. – Das wäre es so weit. Danke!

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank, Herr Torenz! – Wir haben gerade festgestellt, dass hier mindestens fünf, sechs Pankower Abgeordnete, ich glaube, aus allen Fraktionen, sein müssen. Die können sich etwas intensiver mit dieser Problematik beschäftigen. – Herr Hammer! Sie haben das Wort.

**Uwe Hammer (LSB):** Herzlichen Dank! – Ich will mal den letzten Teil von Ihnen aufgreifen. An der Stelle wird sehr deutlich, dass wir mit der Änderung der SPAN an der Stelle nichts erreichen können, sondern da ist wieder die Anzahl der Mitarbeiter die Frage. Ich versetze mich mal in die Vergabestelle, ich würde da arbeiten, und da ist ein Verein, der eine Hallenzeitz mehrere Wochen nicht nutzt, und die übertrage ich Ihnen, muss ich doch irgendwann mal fragen, warum denn der Verein nicht mehr da ist. Dann muss ich selbst als Amt aktiv werden, um dieses zu hinterfragen. Solche Lücke kann ausnahmsweise möglicherweise mal entstehen,

wenn ich als Verein eine Zeit zugewiesen bekommen habe, im Frühjahr zu einem Nachholspiel in der Woche angesetzt werde und jetzt die Trainingszeit nicht nutzen kann. Das sind dann aber Einzelfälle. So wie Sie es geschildert haben, ist das ein Vorgang, wo man nachfassen und tätig werden muss. Das wird mit der SPAN-Änderung mit Sicherheit nicht erreichbar sein.

Zur Vergabepraxis lassen Sie mich anmerken, das ist gefragt worden: Der Umgang ist mit Sicherheit sensibler geworden, so jedenfalls unsere Beobachtungen, aber auch die Beobachtung untereinander ist größer geworden, weil jeder, der zu wenig Hallenzeiten hat, natürlich schaut, wo etwas vorhanden ist, wo er möglicherweise einen Antrag stellen kann. Eine wesentliche Rolle spielt auch die Frage der Ressourcen. Wir wissen berlinübergreifend, dass wir in dieser Stadt zu wenig Sportstätten haben. Erschwerend kommt hinzu, aber auch glücklicherweise, dass an vielen Schulstandorten Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden, die dringend erforderlich sind, aber dazu führen, dass wir alle enger zusammenrücken müssen.

Dann ist nach der größeren Transparenz gefragt worden. Ich hatte Ihnen geschildert, dass wir in Steglitz-Zehlendorf einen Modellversuch laufen haben. Am 31. Januar wird der Bezirkssportbund Steglitz-Zehlendorf seine Dinge bei allen Bezirkssportbünden vorstellen, damit wir uns ein Bild machen können, ob es die Bezirkssportbünde für möglich halten, dies auch in ihre Bereiche zu übertragen und dafür bei ihren Stadträten zu sprechen, ob sie dies für sinnvoll halten. Ich sage allerdings eines: In der Runde davor haben wir alle am Tisch gehabt. Jeder hat seine Situation vor Ort geschildert; und daraus ist jedenfalls bei mir der Eindruck entstanden, dass es bei diesem umfänglichen Blumenstrauß unterschiedlicher Handlungsweisen in den Bezirken schwierig werden wird, zu einer Vereinfachung zu kommen.

Frau Dr. Hiller! Zu Ihrer Frage zu Neugründungen von Vereinen: Da bin ich sehr zwiespältig. Bei dem Kollegen vom Lichtenberger Frauenfußball-Club, der auch kommen sollte, gibt es einen Präzedenzfall, wo ich mehrfach im Bezirk war, um zu vermitteln. Eines ist allerdings Tatsache. Wenn ein Verein wie Lichtenberg 47 Frauen- und Herrenfußball anbietet, und ich habe in diesem Verein einen Konflikt und sage: Jetzt trete ich mit dem und dem Teil aus, und gehe morgen zum Amt und sage: Ich will die und die Zeiten haben –, führt das aus meiner Sicht selbstverständlich zu Problemen. Wenn sich bei der Vielzahl von Vereinen jeder Unzufriedene abspaltet, neue Vereine gründet und manchmal nicht die Hintergründe vorhanden sind, die Sie geschildert haben, sondern manchmal ganz banale Dinge, dann haben wir schon ein Problem zu sagen: Die sollen so behandelt werden wie alle anderen auch.

Frau Dr. Hiller hat völlig zu Recht die Personalproblematik geschildert. An vielen Stellen fällt sie uns auf die Füße. Ich habe geschildert, dass viele Vereine mit Schlüsselverantwortung arbeiten, sage ausdrücklich, dass sich der Landessportbund weiter für Schlüsselverantwortung einsetzt, weil dies die Verantwortlichkeit der Vereine für die Sportanlage verstärkt. Dennoch gibt es Personalfelder, wo es dazu kommt, dass einfach abgeschlossen wird und nicht offen ist und aus dem Grund die Öffentlichkeit eine Sportanlage nicht nutzen kann. Deshalb ist die Personalausstattung mit Sicherheit ein Problem.

Zur Öffnung der SPAN nach unterschiedlichen Gruppen, wer sich besonders hier oder da engagiert: Ich glaube, dass in den Vergabestellen eine gewisse Wertigkeit zu der Arbeit vor Ort vorhanden ist. Ich glaube nicht, dass diese Arbeiten dort völlig negiert werden. Ich will aber nicht, dass all diese Dinge explizit in die SPAN reingeschrieben werden. Mein Schlussstate-

ment vorhin war: Wir müssen erst mal Kenntnis von der SPAN haben, und wir müssen sie entsprechend umsetzen. Wenn wir die SPAN, die wir haben, durch einzelne Vorschriften und Vorgänge noch komplizierter machen, wer findet sich dann am Ende durch, wenn wir die Vorschriften heute noch nicht mal beherrschen, die wir haben?

Zu den Nachmittagszeiten lassen Sie mich eines sagen: Wenn ich mit der S-Bahn an der Sportanlage an der Teske-Schule vorbeifahre und nachmittags sehe, dass sie nicht belegt ist, dann ärgert mich das. Ich weiß aber auch, dass es einen Verein gibt, der seinen Jugendspielbetrieb vor 16 Uhr eigentlich nicht aufnehmen kann, weil die Kinder davor noch in der Schule sind. Aber solche Sportstätte, wie man sie da sieht, würde sich dafür eignen, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Frage ist nur: Wer hat beispielsweise von 14 Uhr bis 16 Uhr Zeit, die Anlage zu nutzen? – Aber wenn wir solche Dinge im Internet präsent und deutlich machen würden, würde die Chance für die Öffentlichkeit mit Sicherheit größer werden.

Ein Problem bereitet natürlich, das habe ich vorhin auch angesprochen, die bezirkliche Zuständigkeit im Einzelfall und die dadurch gegebene unterschiedliche Behandlung. Möglicherweise muss man durch Berlin laufen, um eine Sportstätte zu bekommen. Sie haben auch beschrieben, dass Sie von einem Bezirk in den anderen gegangen sind. Das trifft aber nicht nur für die Öffentlichkeit zu, sondern auch für Vereine, nicht nur auf Ihnen. Ich sage nur kurz ein Beispiel. Der TSV Rudow mit seiner Volleyballabteilung spielt in einer höheren Liga. In Neukölln erfüllt seine Halle nicht mehr die Ansprüche der Regeln des Volleyballverbandes. Was muss dieser Verein machen? – Er muss durch Berlin ziehen, um zu gucken, wo er seine Punktspiele unterbringen kann. Dies ist eine große Mühsal, die teilweise vorhanden ist. Ich bin in der vorigen Woche angesprochen worden und sicher, dass es auch zu meiner Pflicht gehört, diesem Verein behilflich zu sein, in Berlin eine Sportstätte zu finden, um seine Sportausübung zu ermöglichen.

Der große Blumenstrauß, der Ihnen aus unterschiedlichster Sicht geschildert wurde – jeder hat seine Erfahrungen –, würde mit Sicherheit noch viel größer werden, wenn wir die Zeit hätten, aus allen Bezirken jemanden von den Vergabestellen herzuholen. Eines ist meines Erachtens aber oberrangiges Ziel, das, glaube ich, in den Vergabestellen vorhanden ist: zu einer optimalen Auslastung der Sportstätten zu kommen. – An der Stelle widerspreche ich dem Staatssekretär ungern, aber machen wir uns nichts vor. 100 Prozent ist eine Zahl, die utopisch ist. Wir erklimmen immer möglichst den höchsten Berg, aber ein Stück darunter würde uns sicherlich alle sehr zufriedenstellen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank, Herr Hammer! – Dann hören wir zum Abschluss noch mal den Herrn Staatssekretär. – Bitte!

**Staatssekretär Andreas Statzkowski** (SenInnSport): Herr Hammer! Ich hatte ja nahezu gesagt, denn natürlich gibt es auch immer eine Fluktuation und schon dadurch an der einen oder anderen Stelle Leerstand. Wir wollen gar nicht ausschließen, dass es nicht tatsächlich an der einen oder anderen Stelle Sportanlagen gibt, wo die Nutzungsintensität zu steigern ist. Ich glaube, da sind wir gar nicht weit auseinander.

Zu der Frage der Kriterien: Zunächst ist für jede Vergabestellung von Bedeutung, wie viele Mannschaften, wie viele Sportler und Sportlerinnen der Verein hat, um die Gesamtschau der

Zeiten in Erwägung zu ziehen und abzuwägen, die dem Verein zur Verfügung gestellt werden. Nicht immer geht es darum, einem Verein eine spezifische Zeit für eine spezifische Sportart zu geben, sondern häufig genug gibt man Blöcke, und die Vereine organisieren selbst die Nutzung der jeweiligen Sportanlagen. Ansonsten habe ich vorhin auf die Kriterien hingewiesen, die von den Vergabestellen der zwölf Bezirke und auch von der Senatsverwaltung in Anwendung zu bringen sind. Es gibt zusätzlich, das hatte ich nicht erwähnt, einen Katalog von Gruppen, die in ihrer Rangigkeit zu berücksichtigen sind, nämlich auf Platz 1 – das wird Herrn Dr. Poller freuen – die Schulen, auf Platz 2 die Landesleistungszentren und Bundesstützpunkte, Platz 3 förderungswürdige Sportorganisationen mit Übungs-, Lehr- und Wettkampfbetrieb im Kinder- und Jugendbereich, Platz 4 Hochschulen für den studienbezogenen Lehrbetrieb, Platz 5 förderungswürdige Sportorganisationen mit Übungs-, Lehr- und Wettkampfbetrieb. Da sieht man übrigens auch wieder die Betonung auf Jugend bei Platz 3 und allgemeiner Übungs-, Lehr- und Wettkampfbetrieb auf Platz 5; Platz 6 Volkshochschulen, Platz 7 alle weiteren Nutzer. Dieser Katalog ist genauso in Anwendung zu bringen, wie innerhalb dieser Gruppen der Katalog, den ich vorhin vorgetragen habe, so wie es die SPAN im Einzelnen vorsieht.

Es wurde behauptet, es gäbe keine Prävention oder – drücken wir es anders aus –, dass Prävention wichtiger sei, als den Dingen nachzugehen. Beides ist wichtig. Prävention ist genauso wichtig wie den Dingen und Vorwürfen im Einzelnen nachzugehen. Ich will an der Stelle deutlich machen, vielleicht ist das vorhin nicht so herausgekommen: Wir als Senat von Berlin unternehmen diesbezüglich erhebliche Anstrengungen. Wir nehmen Geld in die Hand, und das in einer Situation, in der wir mit Sicherheit finanziell erhebliche Nöte haben, und führen Prävention durch, und zwar immer in Kooperation mit vorhandenen Partnern. Die Landeskommision gegen Gewalt hat dementsprechend Kooperationsverträge abgeschlossen, und zwar sowohl mit dem Berliner Fußballverband als auch mit dem Lesben- und Schwulenverband Berlin. Beide Organisationen führen in Kooperation mit dem Senat entsprechende Präventionsveranstaltungen und Aktionen durch. Insofern geht es nicht nur um Restriktion und Nacharbeitung der Vorwürfe, sondern selbstverständlich findet auch Prävention statt.

Bei der Vergabe ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass das immer in Zusammenarbeit nicht nur mit dem betreffenden Verein stattfindet, sondern der Sport ist in großen Teilen selbstorganisiert. Herr Hammer sitzt als Repräsentant des selbstorganisierten Sports neben Ihnen. Er ist ja nicht in irgendeiner Form staatsnah oder staatsabhängig. Dementsprechend ist es in den Bezirken, auch in Pankow, so, dass die Bezirkssportbünde ein erhebliches Mitwirkungsrecht haben. Sie haben dies nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern häufig genug nehmen die Bezirkssportbünde ihre Verantwortung selbst wahr. Es gibt auch Ausschüsse, die zur Vergabe der ungedeckten und gedeckten Sportanlagen eingerichtet werden. Im Regelfall vermitteln die Bezirkssportbünde in den zwölf Bezirken auch bei Konflikten bzw. geben eine Stellungnahme gegenüber der jeweiligen Vergabestelle ab. Das heißt, es gibt durchaus jetzt schon eine Transparenz und Mitwirkung des Sports bei Konfliktfällen.

Zur Haftung der Vereine bei solchen Vorfällen: Auch da muss ich Ihnen widersprechen. Die Vereine sind in der Haftung. Sie sind insoweit in der Haftung, gegen Personen, die solche Vorfälle zu verantworten haben, vereinsintern vorzugehen und gegebenenfalls auch nachzuweisen, dass sie gegen solche Mitglieder vorgehen. Denn das erwarten wir von gemeinnützigen, förderungswürdigen Sportorganisationen. Deswegen haben sie ein Privileg. Wir erwarten, dass sie gegen solche Mitglieder vorgehen, und wenn es sich erwiesenermaßen um ekla-

tante Vorfälle handelt, erwarten wir ein Vorgehen der Vereine bis hin zum Ausschluss des jeweiligen Mitglieds aus dem Verein. Das heißt, es gibt im Zweifelsfall eine ganz klare Trennung, die zu erfolgen hat. Der Verein ist in der Mitverantwortung.

Zur Frage der Software: Ich fühle mich hier ein bisschen wie im ITDat-Ausschuss. Ich sage noch mal ganz ausdrücklich: Wir haben eine dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung. Die Bezirke haben das Geld für die Software in ihrem Etat. Sie entscheiden dezentral, was sie anschaffen und was sie damit machen. Wir als Senat von Berlin, als Koalition, wollen ein E-Government-Gesetz auf den Weg bringen – ich könnte jetzt gern noch eine halbe Stunde lang darüber erzählen, aber spätestens dann wird der Kollege Gaebler etwas unruhig, weil er dann umsonst hierher gekommen ist –, um diese Strukturen zu verändern. Dann werden wir gegebenenfalls die Möglichkeiten haben. Darüber werden wir uns in diesem Jahr noch an anderer Stelle ausführlich zu unterhalten haben. Zurzeit haben wir sie nicht. Was wir machen können, ist: Wir können das Thema in einer Stadträterunde ansprechen, auf die Probleme hinweisen und gemeinsam mit den Bezirken überlegen, wie man auf freiwilliger Basis zu einer stärkeren Harmonisierung dieser Bereiche kommen kann. In dem Sinne bin ich gern dazu bereit bzw. haben wir uns das selbst vorgenommen, das Thema anzusprechen. Aber noch ist es so, dass die Bezirke dieses in eigener Haushaltsverantwortung vornehmen und wir dementsprechend diese hübsche, bunte Landschaft von mindestens 13 unterschiedlichen Softwarevarianten zur Bearbeitung dieser Vorgänge vorfinden.

Was Datenbanken angeht, Herr Schaddach, gibt es sie sowohl in den Bezirken. Dort kann man sich informieren, welcher Verein da ist und welches Angebot hat, und auch der Landessportbund hat entsprechende Angebote. Man kann mit Sicherheit gerade, wenn es uns gelingen sollte – ich möchte jetzt nicht die Worte „eines Tages“ benutzen –, zu einer Harmonisierung dieser Software zu kommen und damit zu einer stärkeren Verträglichkeit der jeweiligen Fachverfahren, dazu kommen, dies noch stärker zu bündeln und möglicherweise auch zu einer stärkeren Transparenz insgesamt kommen. Bisher findet diese Vernetzung nicht statt, und sie ist mit Sicherheit technisch zurzeit gar nicht möglich, sodass wir weiter daran arbeiten müssen, ein weiterer Vorteil, wenn so ein E-Government-Gesetz auf den Weg käme und es uns langfristig gelingt, diese Fachverfahren stärker zu harmonisieren.

Dann wurde das Thema Personal angesprochen. Man muss immer vorsichtig sein, dass man vor Wahlen nichts anderes sagt als nach den Wahlen. Das gilt für alle, selbstverständlich auch für den Staatssekretär. Wenn der Senat in der letzten Legislaturperiode beschlossen hat, eine bestimmte Personaleinsparung vorzunehmen, weil die finanziellen Eckdaten so sind, wie sie sind, dann ist das auch für eine neue Koalition ebenfalls aus Sicht der Dinge, die für das Land Berlin notwendig sind, vorgenommen worden. Aber nichtsdestotrotz ist der Senat von Berlin durchaus dabei, bis zum Sommer dieses Jahres über mögliche Streckungen von Sparvorschlägen gemeinsam zu diskutieren. Man wird sehen, was dabei herauskommt. Das werden wir mit Sicherheit vertrauensvoll in den dafür vorgesehenen Gremien des Berliner Abgeordnetenhaus tun. Ich weise gern darauf hin, weil ich von der Zweistufigkeit der Berliner Verwaltung überzeugt bin, dass selbstverständlich auch die Entscheidung, wo die Bezirke Personaleinsparungen vorgenommen haben, in ihrer Verantwortung getroffen wurde. Sie haben die Entscheidung getroffen, dass an dieser Stelle die Einsparungen vorgenommen worden sind. Ansonsten werden wir gemeinsam mit dem Landessportbund auf die Möglichkeiten des selbstverantwortlichen Sports hinweisen, über Schlüsselverträge oder andere Möglichkeiten, die es gibt, zu einer mindestens gleichrangigen Nutzung der Sportanlagen zu kommen, sodass die Personaleinsparungen nicht zu einer Reduktion führen. Die Summen, Frau Dr. Hiller, die Sie kritisiert haben, die in der SPAN stehen, sind in der letzten Legislaturperiode beschlossen worden. – [Dr. Gabriele Hiller (LINKE): Welche Summen?] – Da muss ich feststellen, dass Sie hier offensichtlich inzwischen zu anderen Überzeugungen gekommen sind.

Was SenStadtUm und deren Zuständigkeit angeht: Wir haben nicht nur, ich könnte jetzt sagen, den lieben Freund und Kollegen Gaebler mit im Saal. Selbstverständlich haben wir immer wieder auf die Notwendigkeit des vereinsgebundenen Sports hingewiesen. Beim nächsten Tagesordnungspunkt spielt das eine erhebliche Rolle, wo wir das im Einzelnen auch nachweisen können. – Ich hoffe, Frau Vorsitzende, dass ich mindestens den Großteil der Fragen habe beantworten können.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Herr Baum!

**Andreas Baum (PIRATEN):** Danke! – Schön, dass Sie auf die Auslastung eingegangen sind. Wir haben eine Antwort von Herrn Henkel auf eine Kleine Anfrage bekommen.

Dabei können aufgrund der Beschränktheit der verfügbaren Nutzungszeiten nicht immer alle Wünsche erfüllt werden.

Daraus geht aus meiner Sicht hervor, dass tatsächlich die Auslastung nicht bei 100 Prozent ist, wobei es schwierig ist, sie zu erreichen.

Herr Hammer! Bezuglich der transparenten Vergabe, was Sie in Ihrem ersten Redebeitrag anmerkten: Gib es noch irgendetwas zu dem Projekt zu sagen? Gibt es vielleicht ein Datum, zu dem es sich lohnt, noch mal nachzufragen, wie das Projekt gelaufen ist? Wir haben von Herrn Staatssekretär Staszkowski gehört, dass es aufseiten des Senats erst mal keine weiteren Initiativen außer dem E-Government-Gesetz gibt, aber das ist ein größeres Paket, das das konkrete Problem nicht so schnell löst, wie vielleicht dieses Projekt, das Sie erwähnten. Das würde mich doch noch mal interessieren. Vielleicht gibt es sogar einen Ansprechpartner, bei dem man sich genau informieren kann.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Frau Dr. Hiller!

**Dr. Gabriele Hiller (LINKE):** Vielen Dank! – Nur eine kurze Bemerkung. Die Herangehensweise des Senats: Jeder Bezirk schafft sich eine Software an, dann wird harmonisiert, und dann erfolgt eventuell eine Angleichung – halte ich für ein bisschen schizophren. Es wäre auch die andere Herangehensweise möglich: Wir schaffen für alle Bezirke eine gemeinsame Software an, die nutzbar und bezahlt ist. – Damit gibt es eine Entlastung in den Bezirken, und die Software muss auch nicht mehr angeglichen werden. Aber es wäre ein Vorschlag gewesen, unkompliziert etwas bei der SPAN zu verbessern.

Eine andere Sache ist: Können Vereine die großen Schlüsselverträge überhaupt noch ausfüllen? Ich sehe die Vereine zunehmend in der Bredouille. Ein Verein in Marzahn, der eine Halle nutzt, die nicht an eine Schule angeschlossen ist, bezahlt 20 000 Euro Betriebskosten. Er ist verantwortlich für die Kontrolle, was da passiert, für die inhaltliche Ausgestaltung, für die Säuberung der Halle und bekommt faktisch nichts. Das ist für einen gemeinnützigen Verein, der lediglich von den Mitgliedsbeiträgen und von den Zuweisungen aus den Verbänden lebt, nicht leistbar. Dementsprechend sehen die Hallen aus: ungesäubert, nicht saniert, runtergewirtschaftet. – Haben Sie Erfahrungen, Herr Staatssekretär, welche Summe man braucht, um eine Halle zu bewirtschaften? Wenn ein Hallenwart abgezogen, die Halle dem Verein übergeben wird, welche Summe braucht dieser Verein, um die ordnungsgemäß bewirtschaften zu

können? Gehen wir davon aus, dass ein Hallenwart mit 35 000 Euro budgetiert ist. Man braucht mindestens anderthalb, damit man Wochenenden usw. mit klärt. Das ist aber schon großzügig angesetzt. Wenn man 50 000 Euro als Norm setzen würde, könnten die Vereine das möglicherweise leisten. Die bekommen sie natürlich nicht. Welche Erfahrungen haben Sie? Was müsste man da machen, und wie kann man Vereine auch moralisch unterstützen, solche Verträge abschließen zu können, ohne sich dabei in Unkosten zu stürzen?

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Herr Beck, bitte!

**Martin Beck** (GRÜNE): Noch etwas zur Service-Stadt Berlin. Wir wollen möglichst viel Transparenz herstellen. Wir haben einen IT-Ausschuss. Diese Softwareprobleme kann ich ehrlich gesagt überhaupt nicht nachvollziehen. Auch wenn es in den Bezirken verschiedene Software gibt, braucht man doch nur eine einfache Tabelle in OpenOffice, Excel oder Word mit vier Angaben pro Halle, pro Sportstandort, und die dann einzustellen. Wo die hausgemachten Probleme sind, ist für mich nicht nachvollziehbar. Dazu würde ich gern von Ihnen eine Erklärung bekommen. Das werden wir heute nicht leisten können, aber vielleicht demnächst im Rahmen einer kurzen Berichterstattung oder im IT-Ausschuss. Für mich als Nicht-Computerfachmann ist das wirklich nicht nachvollziehbar.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Herr Hammer! Sie sind noch mal angesprochen worden.

**Uwe Hammer** (LSB): Ich mache es kurz, weil Sie alle sicherlich Tempelhof interessiert. Zu den zeitlichen Vorstellungen habe ich Ihnen gesagt, dass es am 31. Januar vorgestellt wird. Wenn es zu unserer Zufriedenheit ausfällt, werden wir an den Staatssekretär herangehen, und dann wird so, wie es eigentlich verabredet ist, der nächste Schritt in Richtung der Bezirksstadträte sein. Die zeitliche Schiene wird auf alle Fälle im ersten Halbjahr bis zu den Stadträten liegen müssen.

Zum Wegfall der Platzwarte, Frau Dr. Hiller, war immer unser Ansatz, die Hälfte der Personalkosten in die Aufgaben zu reinvestieren, die die Vereine zu übernehmen haben. Das ist nicht in jedem Fall nicht haltbar, sondern vielleicht von Fall zu Fall unterschiedlich, aber dieses war in den Anfängen unsere Messlatte.

Sie hatten noch die Software angesprochen. Diese Software ist im Augenblick in den Bezirken vorhanden, bloß in einer Unterschiedlichkeit, dass es mehr als verwirrend ist. Also, sie muss nicht jetzt neu angeschafft, sondern erst mal geguckt werden, welchen Bestand wir haben und inwieweit der miteinander kompatibel ist. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Der Staatssekretär ist noch mal gefragt worden. – Bitte sehr!

**Staatssekretär Andreas Statzkowski** (SenInnSport): Ich verstehe die Überraschung der Sportfachleute durchaus. Ich bin auch für IT-Fragen im Land Berlin zuständig und kann Ihnen versichern, dass die Überraschung wahrscheinlich in mehreren Fachressorts parallel entstehen könnte, denn das Problem besteht grundsätzlich auch an vielen anderen Stellen im Land Berlin.

Noch einmal: Wir haben eine dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung. Die Bezirke entscheiden in eigener Verantwortung, welche Software sie mit ihrem Geld anschaffen. Da besteht zunächst einmal keine Notwendigkeit der Absprache zwischen den Bezirken. Ich sehe sie, aber das ist neu. Das ist in der Vergangenheit nicht passiert. Wir sind gern bereit, dieses in kommunikativer Form mit den Bezirken zu diskutieren, aber die Entscheidung – das wird die Frau Bezirksstadträtin, die heute anwesend ist, gern bestätigen – liegt in der Verantwortung des jeweiligen Bezirksamtes und nicht in unserer. Wir haben gar keine Mittel dafür etabliert. Selbst wenn wir wollten, könnten wir es gar nicht. Aber es gibt auch rechtlich das eine oder andere Problem.

Was die Schlüsselverträge angeht: Selbstverständlich, Frau Dr. Hiller, würde ich mich immer dafür einsetzen, dass die Bezirke mehr Geld von den Einrichtungen und Institutionen, die für die Erfassung der großen Schlüsselverträge zuständig sind, bekommen. Das ist selbstverständlich. Nichtsdestotrotz muss man feststellen, dass auch hier die finanziellen Ressourcen begrenzt sind, und selbst wenn man den Wunsch hat – wohlgemerkt, da sind wir gar nicht weit voneinander entfernt –, ist das aber im Rahmen der jetzigen finanziellen Möglichkeiten insbesondere der Bezirke nicht zu realisieren.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Eine kurze Unterbrechung, Herr Staatssekretär! – Ich möchte mich noch ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich weiß, Sie müssen los. Viel Erfolg weiterhin, und vielen Dank, dass Sie heute da waren!

**Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport):** Es gibt aber Vereine, die bereit sind, einen großen Schlüsselvertrag einzugehen. Ich gehe davon aus, dass sie das wohl in Abwägung dessen getan haben, was sie mit dem Geld, das sie von dem jeweiligen Bezirksamt bekommen, leisten und umsetzen können. Insoweit spricht die Realität ein Stück weit gegen diese Auffassung. Wohlgemerkt, ich kann mir vorstellen, dass wir grundsätzlich mehr Geld dafür vorsehen könnten, um das auszuweiten und das Engagement der Sportvereine zu unterstützen, aber das Ganze geht immer nur im Rahmen der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten sowohl der Bezirke als auch des Landes Berlin. – So weit die Beantwortung.

**Vorsitzende Karin Halsch:** Vielen Dank! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann werden wir die Besprechung bis zur Vorlage des Wortprotokolls vertagen. – Vielen Dank, Herr Hammer!

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Tempelhofer Feld – Wo bleibt der Sport?**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

0026

Sport

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache 17/0285  
**Obligatorischen Schwimmunterricht qualifizieren und ausbauen**

**0030**  
Sport(f)  
BildJugFam\*

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 17/0628  
**Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz einer Freifläche des öffentlichen Tennisstandortes Bornitzstraße 17 im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Alt-Lichtenberg, zwecks Veräußerung für Wohnungsbau**

**0045**  
Sport(f)  
Haupt  
StadtUm

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.